

Geordneter Bundeshaushalt



Der Deutsche Bundestag berät in dieser Woche den Etat für 2011 und die mittelfristige Finanzplanung des Bundes in zweiter und dritter Lesung. Der Bundeshaushalt setzt damit auch einen großen Teil des Zukunftspaketes um. Es entlastet den Bund bis 2014 um über 80 Milliarden Euro.

Die Finanzkrise wirft noch immer ihre Schatten auf die wirtschaftliche Entwicklung Europas. So braucht aktuell Irland die Hilfe der anderen Europäer. Es steht unsere gemeinsame Währung auf dem Spiel. Daher müssen die Staaten jetzt die Hauptursachen der Krise, unter anderem die seit Jahren überfällige Haushaltskonsolidierung, angehen.

Deutschland ist besser aus der schwersten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik herausgekommen als erhofft. Es gilt als Wachstumslokomotive Europas. In den nächsten vier Jahren will die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag den Haushalt nachhaltig konsolidieren. Gleichzeitig werden die Chancen für wirtschaftliches Wachstum gefördert.

Dem Bundeshaushalt beschert die gute volkswirtschaftliche Entwicklung wieder mehr Steuereinnahmen, wenn auch noch längst nicht auf dem Vorkrisenniveau von 2008. Außerdem wird der Bund im nächsten Jahr mit einer geringeren Nettoneuverschuldung auskommen.

Die Bundesregierung hat in ihrem Entwurf vom Sommer noch 57,5 Milliarden Euro neue Kredite eingeplant. Inzwischen geht der Haushaltsausschuss des Bundestages nach Abschluss seiner Beratungen von 48,4 Milliarden Euro aus.

Die Bundesregierung fährt die in Folge der Krise zu hohe Neuverschuldung in den nächsten vier Jahren kontinuierlich zurück. Sie soll bis 2014 um die Hälfte auf 24,1 Milliarden Euro sinken. Der Schuldenberg des Bundes von inzwischen über 1.500 Milliarden Euro wird also auch in den nächsten Jahren nochmals weiter ansteigen. Danach aber wirkt die Schuldenbremse. Die guten Wirtschaftsdaten verringern daher nicht die Notwendigkeit zur Konsolidierung. Im Gegenteil: Die Schuldenbremse fordert, dass gerade in guten Zeiten für schlechtere vorgesorgt werden muss. Die CDU/CSU hat vor allem durchgesetzt, dass vor allem auf der Ausgabenseite gespart wird.

Bis 2014 werden die Ausgaben des Bundes daher zum ersten Mal von Jahr zu Jahr sinken.

Foto: www.photocase.de

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,



der Bundeshaushalt 2011 ist ein großer Schritt zur Einhaltung der Schuldenbremse. Nach der Umsetzung des Energiekonzeptes und der Gesundheitsreform hat die christlich-liberale Koalition in dieser Woche auch im Bereich

der Staatsfinanzen die Weichen dafür gestellt, dass Deutschland international wettbewerbsfähig bleibt und sich der Aufschwung zu einem lang anhaltenden Wachstum entwickeln kann.

Gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsentwurf senken wir die Nettokreditaufnahme um 9,1 Mrd. auf 48,4 Mrd. Euro. Zusätzliche Steuereinnahmen, die sich aus dem Aufschwung ergeben, entbinden uns nicht von einem strikten Sparkurs, da die Schuldenbremse zum Abbau des strukturellen Defizits verpflichtet.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen haben wir gegenüber dem Entwurf eine Reihe von Änderungen vorgenommen, mit denen wir wichtige Schwerpunkte christlich-liberaler Politik umsetzen: So haben wir die Mittel für die Städtebauförderung von rund 290 Mio. wieder auf 455 Mio. Euro angehoben. Dies kommt der regionalen Bauwirtschaft und unseren Handwerksbetrieben zugute und fördert die Beschäftigung! Weiterhin wurde der Ansatz beim Wohngeld um 188 Millionen Euro erhöht!

Diese und weitere Termine begleiteten meine Arbeit in dieser Woche in Berlin:

- Teilnahme am Gesprächskreis Kirche und Religionsgemeinschaften
- Vorstellung des Aktionsplanes „Güterverkehr und Logistik“ durch Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer im Verkehrsausschuss
- Treffen mit der Abgeordnetenkollegin Marie-Luise Dött und dem Geschäftsführer der Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf Thomas Grundmann
- Sondersitzung der Arbeitnehmergruppe zum Thema Fachkräftemangel und Zuwanderung
- Diskussionsrunde der KPV der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über den Zwischenbericht der Gemeindefinanzkommission

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters

Ihr

Reinhold Sendker MdB



Deutschland als Logistikstandort stärken

Der Aktionsplan Güterverkehr und Logistik ist der richtige Schritt

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer hat in einer Sondersitzung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung den Aktionsplan Güterverkehr und Logistik vorgestellt. Dazu erklären der zuständige Berichterstatter, Thomas Jarzombek MdB:

Der Aktionsplan Güterverkehr und Logistik ist der richtige Schritt, um Deutschland als Logistikstandort zu stärken. Der Plan entwickelt den vorherigen Masterplan Güterverkehr und Logistik der Bundesregierung weiter. „Er strukturiert die 30 Maßnahmen des Masterplans, definiert Kernziele und konkretisiert wichtige Schritte“, erklärte Dirk Fischer im Anschluss an die Vorstellung des Plans.

Die Opposition solle respektieren, dass das Verkehrsministerium trotz Sparzwängen seine Investitionslinie aufrecht erhält. „Damit machen wir Wachstumspolitik und stärken den Jobmotor Logistik in Deutschland. Eine Reduzierung des Güterverkehrs geht in die falsche Richtung, wenn wir am Wirtschaftswachstum in der Zukunft teilhaben wollen.“

Deutschland verfüge dabei als ehemaliger Exportweltmeister über große Kompetenz, ergänzte Thomas Jarzombek: „Als erfahrene Logistiknation wissen wir, wie Verkehrsträger am besten vernetzt und klimaschonend eingesetzt werden können. Es ist uns lieber, wenn Deutschland dabei eine Vorreiterrolle spielt und Akzente setzt, als dass wir das Feld anderen Staaten überlassen, deren Verkehr die Umwelt viel stärker belastet. Um langfristig an der Spitze zu bleiben, brauchen wir auch die Vermarktungsstrategie für unseren Logistikstandort aus dem Aktionsplan. Mit der neuen Werbekampagne erreicht unsere Botschaft besonders unsere wichtigsten Handelspartner.“

Foto: Alexander Sucrow

Freiheitliche Lebenskultur verteidigen

Das Zielobjekt des internationalen Terrorismus ist die freiheitliche demokratische Ordnung der westlichen Welt, unsere Wirtschaft und insbesondere unsere freiheitliche Lebenskultur. Alle Bürger sollten beherzigen, dass wir uns auch in der aktuellen Gefahrenlage weder in unseren Lebensgewohnheiten noch in unserer freiheitlichen Lebenskultur einschränken. Die wahrgenommene Bedrohung sollen die Terroristen nicht als Teilerfolg ihrer Strategie verbuchen können, mit Wachsamkeit und Ruhe können wir diesem entgegenwirken.

Alle Hinweise über Anschlagplanungen in Deutschland nimmt die Bundesregierung sehr ernst. Das Bundeskriminalamt hatte am Wochenende klargestellt, dass den Sicherheitsbehörden derzeit keine konkreten Anschlagpläne bekannt sind.

Die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder haben ihre konzertierten Vorkehrungen an die aktuelle Gefährdungslage angepasst.

Die für alle sichtbaren Maßnahmen sind nur ein Teil der zwischen Bund und Ländern abgestimmten Maßnahmen. Sie dienen der Vorbeugung und Abschreckung.

Die Sicherheitsbehörden tun alles in ihrer Macht stehende, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Der Dank der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und der CDU-Landesgruppe NRW gilt den Sicherheitskräften im Bund und den Ländern, die diesen Auftrag erfüllen.

Impressum:

Ausgabe Nr. 20/2010
25. November 2010

Landesgruppe NRW

der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421
Email: fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion:

Karl-Heinz Aufmuth
Fabian Bleck

Internet:

www.
cdu-landesgruppe-nrw.de